

# KONKRETE ZAHLENBEISPIELE ZUM 100-TAGE-PROGRAMM

## 1. LOHNUNTERGRENZE VS. FLÄCHENDECKENDER MINDESTLOHN VON 8,50 €

Die schwarz-gelbe Lohnuntergrenze überlässt die Lohnfindung weiterhin den Tarifpartnern. Der rot-grüne Mindestlohn ist gesetzlich und gilt dementsprechend allgemein und flächendeckend. Konkret heißt das:

- Eine Bäckerin in Leipzig verdient momentan laut Tarifvertrag 6,10€ pro Stunde. Mit der schwarz-gelben Lohnuntergrenze verdient sie damit weiterhin 1.061,40€ brutto im Monat. Mit einem Mindestlohn von 8,50€ hätte sie ein monatliches Plus von 417,60€.
- Eine Bedienung in einem Kieler Restaurant verdient laut Tarifvertrag momentan 7,67€ pro Stunde. Mit der schwarz-gelben Lohnuntergrenze verdient sie damit weiterhin 1.334,58€ brutto im Monat. Mit einem Mindestlohn von 8,50€ hätte sie ein monatliches Plus von 162,42€.
- Ein Lagermitarbeiter in einer Spedition in Erfurt verdient laut Tarifvertrag momentan 5,12€ pro Stunde. Mit der schwarz-gelben Lohnuntergrenze verdient er weiterhin 890,88€ brutto im Monat. Mit einem Mindestlohn von 8,50€ hätte er ein monatliches Plus von 588,12€.

## 2. ENTGELTGLEICHHEITSGESETZ

2012 war der durchschnittliche Bruttostundenlohn von Frauen mit 15,21€ um 22% niedriger als der von Männern mit 19,60€. In einigen Branchen ist die Differenz noch höher: Während ein Zahntechniker 2012 im Durchschnitt monatlich 2.710€ verdiente, verdiente eine Zahntechnikerin lediglich 1.882€. Das ist eine Differenz von 31%. Mit dem Entgeltgleichheitsgesetz hätte eine Zahntechnikerin ein monatliches Plus von 828€.

## 3. STEUERPOLITIK

Die Pläne der SPD zur Reform des Einkommensteuertarifs sehen geringe Mehrbelastungen für die höchsten 5% der Einkommensbezieher vor. Die SPD erhöht den Spitzensteuersatz auf 49% ab einem Einkommen von 100.000€ für Singles, 200.000€ für Paare. Von den Erhöhungen betroffen ist ein kinderloser Single ab einem monatlichen Bruttoeinkommen von 6.125€. Er zahlt dann 8 Cent mehr im Monat. Ein Ehepaar mit zwei Kindern muss im Monat 11.500€ verdienen, um belastet zu werden. Die Familie zahlt dann 17 Cent mehr im Monat. Den neuen Spitzensteuersatz zahlen Ehepaare zukünftig erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 200.000€ im Jahr und nicht wie heute ab einem zVE von rund 107.000€.

Das heißt konkret: Ein Single mit einem Jahreseinkommen von 264.000€ zahlt aktuell monatlich 8.600€ Steuern. Mit dem SPD-Steuerkonzept zahlt er künftig monatlich 1.050€ mehr – für bessere Kitas und Schulen, bessere Straßen und Brücken, bessere öffentliche Bibliotheken und Schwimmbäder und für den Schuldenabbau.

## 4. RENTEN

### 4.1 ABSCHLAGSFREIE RENTENBEZÜGE NACH 45 VERSICHERUNGSJAHREN

Das SPD-Rentenkonzept bedeutet, dass jeder, der 45 Jahre ununterbrochen in der gesetzlichen Rente versichert war, ab dem 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen kann. Konkret heißt das:

Ein Facharbeiter, der im Jahr 2020 im Alter von 63 Jahren in Rente gehen möchte, muss laut aktueller Rentengesetzgebung mit Abschlägen rechnen. Sein reguläres Renteneintrittsalter ist 65 Jahre und elf Monate. Er müsste also 35 Monate weiter arbeiten. Oder er müsste Rentenabschläge in Höhe von 133 € pro Monat hinnehmen, seine Rente betrüge dann 1.131 € (Basis: Standardrente von 1264 € mit 45 Entgeltpunkten und 45 Versicherungsjahren). Mit dem SPD-Konzept kann er nach 45 Versicherungsjahren im Alter von 63 unter vollen Bezügen in Rente gehen. Ihm bleiben somit pro Monat 133 € mehr. Wenn er 20 Jahre lang Rente bezieht, sind das insgesamt 31.920 € mehr.

#### 4.2 LEBENSLEISTUNGSRENTE VS. SOLIDARRENTE, MÜTTERRENTE

Das Konzept der Solidarrente bedeutet: Wer 30 Beitragsjahre bzw. 40 Versicherungsjahre in die Rentenkasse eingezahlt hat und trotzdem nicht mehr als Grundsicherung bekäme, wird mindestens 850 € Rente erhalten. Die Lebensleistungsrente der Union wird hingegen nur 10 bis 15 € über der Grundsicherung von durchschnittlich 688 € liegen und außerdem nur ausbezahlt, wenn eine private Altersvorsorge vorhanden ist. Das ist demnach ein Unterschied von ca. 150 € pro Monat mehr. Die SPD hätte darüber hinaus einem Gesetzesentwurf der Union zugestimmt, der Mütter besser gestellt hätte, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wenn die Union eine solide Gegenfinanzierung mitgeliefert hätte. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde in der aktuellen Legislaturperiode jedoch nicht vorgelegt.

### 5. MIETEN

#### 5.1 NEUVERMIETUNGEN

Die Mietpreisbremse der SPD bedeutet, dass die Miete bei Neuvermietungen nur 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Sie gilt flächendeckend, während die „Mietpreisbremse“ der Union den Ländern zur Festlegung überlassen werden soll und damit nur in bestimmten Ballungszentren greift. Konkret heißt das: Wird eine Wohnung neu vermietet, die 800 € pro Monat kostet und damit der ortsüblichen Vergleichsmiete entspricht, kann mit dem Konzept der Union mitunter 30 % Aufschlag verlangt werden. Die Wohnung kostet demnach 1040 € pro Monat. Mit der Mietpreisbremse der SPD dürfte die Wohnung maximal 880 € kosten. Dies bedeutet eine jährliche Ersparnis von 1.920 €.

#### 5.2 BESTANDSMIETEN

Die Mietpreisbremse der SPD bedeutet außerdem, dass Bestandsmieten in vier Jahren maximal um 15 % steigen dürfen. Gemäß der „Mietpreisbremse“ der Union dürfen Bestandsmieten in drei Jahren um 15 % steigen – sofern die Länder dies so festlegen. Der Mietpreis einer Wohnung, die 800 € pro Monat kostet, dürfte mit dem SPD-Konzept innerhalb von vier Jahren auf maximal 920 € pro Monat steigen. Mit der „Mietpreisbremse“ der Union dürfte die monatliche Miete im gleichen Zeitraum auf bis zu 1.058 € steigen. Die Mietpreisbremse der SPD bedeutet dementsprechend eine jährliche Ersparnis von 1.656 €.

#### 5.3 MAKLERGEBÜHREN

Schaltet ein Vermieter einen Makler zur Vermittlung einer Wohnung ein, treffen die Kosten den neuen Mieter. Die SPD wird die Maklergebühren neu regeln: Wer einen Makler bestellt, muss ihn bezahlen. Dies bedeutet bei einer Kaltmiete von 800 € und der üblichen Maklergebühr von 2,38 Kaltmieten eine Ersparnis von 1.904 €.